Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

38 (15.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 38 — Montag, den 15. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens und Japans sind übereingekommen, die Reparationskonferenz auf Juni zu vertagen.

*

Der Reichsminister stellt mit Nachdruck fest, daß entgegen den Behauptungen eines Berliner Abendblattes Generalleutnant von Schleicher niemals ohne sein Wissen und seine Einwilligung tätig gewesen ist.

*

Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zusammengetreten, um zu den Verletzungen des Memelstatuts Stellung zu nehmen. Staatssekretär von Bülow schilderte im einzelnen die Vorgänge seit der Absetzung Böttchers und charakterisierte die Maßnahmen des Gouverneurs als flagrante Verletzung des Memelstatuts.

*

Auf der Freitag-Sitzung der Abrüstungskonferenz sprachen der kanadische Minister Perley, der lettische Außenminister Zarine, der chinesische Vertreter Yen und der ungarische Hauptdelegierte Graf Apponyi.

*

Die Großhandelsindexziffer ist mit 99,6 gegenüber der Vorwoche um 0,3 v. H. gestiegen.

*

In einer Kunsthandlung in Altona ereignete sich eine schwere Zelluloid-Explosion. Zwei Personen und ein Feuerwehrmann wurden schwer verletzt.

*

Auf einer Kundgebung des Kartells der republikanischen Verbände Deutschlands wandte sich Ministerialdirektor Dr. Spiecker scharf gegen Groeners Erlaß.

*

Reichsinnenminister Groener hat an die Vorsitzenden aller im Reichstag vertretenen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem er die Fernhaltung jeglicher Parteipolitik von der Wahl unmündiger Jugend fordert.

*

In Wladiwostock kam es zu einem russisch-japanischen Zwischenfall wegen der Verhaftung von zwei Japanern, die von den Marinewerften photographische Aufnahmen machen wollten.

*

Der englische Außenminister Simon traf am Sonntag vormittag, von Paris kommend, in London ein. Er erklärte, daß er den Eindruck von Genf mitbringe, daß die Abrüstungskonferenz einen guten Anfang genommen habe.

Stegerwald über die außen- und innenpolitische Lage

T.U. **Warburg**, 14. Febr. Auf dem Kreisparteitag des Zentrums sprach am Sonntag Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er führte u. a. aus: Im Jahre 1932 müsse nachdrücklich an der Liquidation der Reste des Weltkrieges gearbeitet werden. Was Deutschland von jeher gesagt habe, sei nun in das internationale Bewußtsein eingetreten, daß nämlich große politische Zahlungen eines Landes an das andere ein wirtschaftliches Durcheinander in der ganzen Welt zur Folge haben müßten. Der normale Güteraustausch und ein einheitlicher Währungsmaßstab würden hierdurch unmöglich gemacht. Reparationsfrage, internationale Schuldenregelung und Abrüstung hingen eng zusammen. Amerika sage, daß man ihm nicht zumuten könne, Europa einen Schuldennachlaß von jährlich 1 Milliarde Mark zu gewähren, solange dieses reiche Europa im Jahr 8 Milliarden Mark für Rüstungen aufzubringen vermöge. Europa gleiche zur Zeit in der Tat einem Irrenhaus. Die Verarmung Europas allein in den Jahren 1930 bis 1932 sei größer als die Siegerstaaten 30 Jahre lang aus dem Youngplan Forderungen gegenüber Deutschland geltend machen könnten. Stegerwald trat dann für eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit Frankreich auf dem Boden der Gleichberechtigung ein.

Er wandte sich alsdann der Reichspräsidentenwahl zu. Falls sich Hindenburg wieder zur Verfügung stelle, müsse das deutsche Volk ihn mit großer Mehrheit wiederwählen. Vor sieben Jahren hätte man über die Richtigkeit der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs streiten können, jetzt sei Hindenburgs Wiederwahl eine Frage des internationalen Ansehens, eine Ehrenfrage und eine Frage der politischen Kultur des deutschen Volkes. Das Jahr 1932 stelle uns auch im Innern vor ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben. Wenn man vor innen- und außenpolitischen Experimenten und damit vor einem neuen großen Leidensweg des deutschen Volkes gesichert wäre, müßte den Nationalsozialisten die Staatsmacht überantwortet und damit dem deutschen Volke gezeigt werden, daß Schreien und Politik machen nicht ein und dasselbe sei. Dafür sei aber das Lehrgeld zu groß.

Der Memelzwischenfall vor dem Völkerbundsrat

Genf, 13. Febr. Der Völkerbundsrat trat heute nachmittag unter dem Vorsitz von Paul Boncour zu einer Sitzung zusammen, um zu den Verletzungen des Memelstatuts Stellung zu nehmen.

Staatssekretär von Bülow begründete ausführlich den Antrag der deutschen Regierung, schilderte ausführlich die Vorgeschichte des Memelkonflikts und gab eine eingehende Darstellung der Vorgänge seit der Absetzung des Präsidenten Böttcher. Der deutsche Vertreter kam zu dem Schluß, daß die Maßnahmen des Gouverneurs eine flagrante Verletzung des Memelstatuts darstellen, die um so ernster sei, als die litauische Regierung noch am 30. Januar der deutschen Regierung die ausdrückliche Erklärung hat abgeben lassen, daß Litauen die international garantierte Autonomie des Memelgebiets achten werde. Von Bülow betonte, daß die jüngsten Vorgänge nicht als isoliertes Ereignis bewertet werden dürften. Das Memelgebiet stehe seit langen Jahren ohne Grund unter dem Kriegszustand, der die Grundrechte der Bevölkerung, die vollkommen deutsch sei, aufs stärkste beschränke. Es sei die Aufgabe des Rates, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit der vorliegende Rechtsbruch wieder gut gemacht und auch in Zukunft die Autonomie gewährleistet wird.

In seiner Rechtfertigungsrede versuchte der litauische Außenminister die Aktiv-Legitimation der deutschen Regierung in der vorliegenden Frage zu bezweifeln. Auch bezeichnete er den Versuch Deutschlands als unzulässig, die Debatte auf die Gesamtheit der litauischen Politik im Memelgebiet auszudehnen. Die Behauptungen des Reichskanzlers über die Lage im Memelland entbehrten jeder Begründung. Die Zustände seien völlig normal. Zaunius behauptete, es handle sich um eine Verletzung des Memelstatuts durch Böttcher durch Amtsausübung im Auslande und Verstoß gegen die litauischen Strafgesetze. Schließlich bestritt Zaunius noch den deutschen Charakter der memelländischen Bevölkerung.

In seiner Replik wies Staatssekretär von Bülow die litauischen Behauptungen mit schlüssigen Tatsachen zurück und stellte nochmals mit Nachdruck fest, daß es sich um eine schwere Verletzung des Memelstatuts handle.

Nachdem der norwegische Berichterstatter erklärt hatte, daß er nunmehr die Frage zu untersuchen habe ob der Artikel 17 des Memelstatuts verletzt worden ist oder nicht, gestaltete sich der weitere Verlauf der Tagung zu einem lebhaften **Duell zwischen Zaunius und dem Ratsvorsitzenden Paul-Boncour.** Der litauische Vertreter wollte um jeden Preis seine beiden Hauptargumente offen behalten, nämlich die Bezweiflung des deutschen Rechts zur Klageführung, sowie die Anerkennung der litauischen Auffassung, daß es nicht gezwungen sei, sich vor dem Rat zu verantworten, mit anderen Worten, dem Rat seine Zuständigkeit abzuerkennen. Schließlich, als Zaunius trotz allen Zuredens Paul-Boncours und des Generalsekretärs Sir Eric Drummond sich immer noch nicht zufriedengeben wollte und dem Rat nach wie vor die Kompetenz absprach, sah sich Paul-Boncour als Ratsvorsitzender endlich veranlaßt, Zaunius ganz energisch zu erklären. **Deutschland habe auf Grund des Statuts unzweifelhaft das Recht, den Rat anzurufen.**

Nach nochmaligem vergeblichen Widerstandsversuch mußte sich Zaunius endlich in der Frage der Ratszuständigkeit geschlagen geben. Diese Runde hat also der litauische Vertreter verloren.

Vorläufig stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar: Der norwegische Berichterstatter wird mit Hilfe eines Ausschusses die Frage der Verletzung des Artikels 17 prüfen und schon am Dienstag dem Rat sein Gutachten vorlegen.

*

Der Genfer Eindruck der Bülow-Rede

Genf, 13. Febr. Was den heutigen Eindruck der Sitzung betrifft, so standen die ruhigen, einleuchtenden Erklärungen des deutschen Vertreters in einem auffallenden und allgemein empfundenen Gegensatz zu den fortwährend Versuchen des litauischen Außenministers, die Aussprache durch nicht zur Sache gehörige und größtenteils gehässige Angriffe von ihrem Ziel zu entfernen und schließlich durch Vorbringen fadenscheiniger Einwände in der Prozeduxfrage Obstruktion zu treiben.

*

Die Aussprache über Memel.

T.U. **Genf**, 13. Febr. Im Anschluß an die Erklärungen des Staatssekretärs von Bülow und des litauischen Außenministers Zaunius fand im Völkerbundsrat eine ausgedehnte Aussprache statt.

Staatssekretär von Bülow erklärte, daß es sich in den Verhandlungen beim Völkerbundsrat nicht um einen Streit zwischen Deutschland und Litauen, sondern nur um den Bruch der Memel-Konvention durch Litauen handele. Er bedaure, feststellen zu müssen, daß der litauische Außenminister Zaunius die Tatsachen entstellt wiedergebe. Der deutsche Charakter des Memelgebietes sei völlig unbestreitbar. 75 Prozent der Bevölkerung des gesamten Memel-Gebietes hätten in den letzten Wahlen im deutschen Sinne gewählt. Die Unterstützungen, die von Deutschland nach Litauen ausschließlich zu kulturellen Zwecken geflossen seien, hätten ihren Grund in der Tatsache, daß Litauen ein noch junges und unentwickeltes Land sei und deshalb die Kulturinteressen der deutschen Bevölkerung im Memelgebiet naturgemäß von Deutschland unterstützt werden müßten. In gleicher Weise fördere die deutsche Regierung die Kulturinteressen des Deutschtums im Ausland. Wenn die Reise des Präsidenten Böttcher und der anderen Herren nach Berlin Hochverrat wäre, warum sei die Reise der Mitglieder des früheren litauischen Direktoriums im Jahre 1927 nach Deutschland kein Hochverrat?

Offenbar sehe die litauische Regierung die Reise der deutschen Mitglieder des Direktoriums nach Deutschland als einen Hochverrat an, die Reise der litauischen Mitglieder jedoch als eine völlig normale Handlung. Die Behauptung des Herrn Zaunius, daß im Memelgebiet alles in bester Ordnung sei, könne bestenfalls eine Prophezeiung für die Zukunft darstellen. Es beständen Photographien, die eindeutig den Beweis erbringen, daß keineswegs alles in besten Ordnung sei und daß Panzerauto in Memel verwandt würden. Die Tatsache eines flagranten Bruches der Memel-Konvention bleibe bestehen.

Der litauische Außenminister Zaunius ging der direkten Antwort aus dem Wege und stellte die Behauptung auf, daß die litauische Regierung niemals Hochverratsanklagen erhoben habe. Der Gouverneur Merkys habe ihm telephonisch bestätigt, daß im Memelgebiet alles ruhig sei. Zaunius suchte sodann die deutschen Darlegungen lächerlich zu machen und erklärte, man könne selbstverständlich die Wachen vor den Kasernen photographieren und diese dem Völkerbundsrat als Beweise für angebliche Unruhen im Memelgebiet vorlegen. Die deutschen Behauptungen seien unwahr.

Der Ratspräsident Paul Boncour schlug sodann vor, den Berichterstatter für die Memelfrage, den norwegischen Gesandten Colban, zu beauftragen, gemeinsam mit einigen Juristen die Rechtsfragen des Bruches der Memelkonvention zu klären.

Staatssekretär von Bülow erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Die Rechtslage sei außerordentlich einfach und klar. Da jedoch der Völkerbundsrat gewisse Zeit brauchen werde, um zu einer Entscheidung zu kommen, schlug er vor, daß der Völkerbundsrat den Wunsch auf sofortige Bildung eines vorläufigen Direktoriums im Memelgebiet aussprechen solle. Es sei undenkbar, daß der gegenwärtige ungesetzliche Zustand im Memelgebiet noch länger bestehen bleibe. Er habe bereits allzulange gedauert. Aus diesem Grund müsse beschleunigt ein vorläufiges Direktorium mit dem Vertrauen der Mehrheit des Memel-Landtages gebildet werden, das vorläufig die Geschäfte leiten werde, bis die verfassungsmäßigen Zustände durch den Völkerbundsrat wiederhergestellt seien. Der Völkerbundsrat müsse unverzüglich Maßnahmen ergreifen, damit der gegenwärtige alarmierende Zustand nicht weiter andauere.

*

Juristenausschuß untersucht Memel-Konflikt. — Entscheidung in zwei bis drei Tagen.

T.U. **Genf**, 13. Febr. Der Schluß der Völkerbundsratssitzung über die Memelfrage gestaltete sich wenig glücklich für den litauischen Außenminister Zaunis, der durch seine Hartnäckigkeit und sein fortgesetztes Ablehnen der Vorschläge des Ratspräsidenten Paul Boncour sich die offene Mißstimmung sämtlicher Ratsmächte zuzog. Er widersetzte sich dem Vorschlag des Ratspräsidenten, daß der Berichterstatter Colban unter Hinzuziehung von Juristen in allerkürzester Frist einen Bericht über die Rechtsfrage ausarbeiten solle. Stürmische Heiterkeit erregte im ganzen Saal die Behauptung Zaunius, daß diese Aufgabe für Colban zu schwierig sei. Das von Paul Boncour vorgeschlagene Verfahren erklärte er für unkorrekt.

Der Generalsekrtär des Völkerbundes bemerkte ironisch, es handele sich um das bei allen Streitfragen angewandte normale Verfahren.

Paul Boncour erklärte, daß der Rat in zwei bis drei Tagen seine Entscheidung treffen müsse und an der gegenwärtigen Lage im Memel-Gebiet nichts geändert werden dürfe. Er bat jedoch ausdrücklich Staatssekretär von Bülow, von seinem Vorschlag auf Einsetzung eines vorläufigen Direktoriums abzusehen, da der Völkerbundsrat seine Entscheidung selbstverständlich mit größter Beschleunigung treffen werde.

Der norwegische Gesandte wird nunmehr die Juristen der italienischen, englischen und französischen Abordnung zuziehen, um mit ihnen den Bericht an den Rat auszuarbeiten. Nach der Feststellung des Ratspräsidenten wird der Bericht sich ausschließlich auf die von der Reichsregierung gestellten Fragen beschränken, ob das Vorgehen der litauischen Regierung einen Rechtsbruch der Memel-Konvention darstellt oder nicht.

Die Ratssitzung hat in allen internationalen Kreisen den Eindruck hinter lassen, daß die litauische Regierung sich offensichtlich ins Unrecht gesetzt hat und daß ein schwerer Rechtsbruch seitens der litauischen Regierung vorliegt, den der Völkerbundsrat jetzt feststellen müsse.

*

Die Juristen bei der Ausarbeitung des Memelgutachtens.

T.U. **Genf**, 14. Febr. Der Vertreter Norwegens im Völkerbundsrat, der Gesandte Colban, hat bereits am Sonntag nachmittag aufgrund des in der Samstagnachmittag-Sitzung des Völkerbundsrates gefaßten Beschlusses mit der Ausarbeitung des Berichts an den Völkerbundsrat über die Memelfrage begonnen. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten Paul Boncour sind Colban beigegeben worden: der Jurist der italienischen Abordnung Pilotti, der Jurist der französischen Abordnung Basdevant, sowie der Jurist der englischen Abordnung Malkin. Der Bericht an den Völkerbundsrat wird voraussichtlich bereits am Dienstag vor dem Rat verhandelt werden. An den streng vertraulichen Beratungen des Viererausschusses nimmt der Leiter der politischen Abteilung des Völkerbundssekretariats, der japanische Untergeneralsekretär Sukimura teil. Dieser Ausschuß

hat zunächst nur über die Rechtsfragen zu entscheiden, ob der litauischen Regierung nach der Memelkonvention ein Recht auf Abberufung des Präsidenten des Memeler Landtages zusteht.

Von litauischer Seite wird jetzt die Frage aufgeworfen, welche Sicherungen die litauische Regierung gegen einen etwaigen Mißbrauch der Amtsgewalt des Präsidenten des Memeler Landtages besitzt. Diese Frage steht zunächst jedoch in keiner Weise zur Verhandlung, da erstens ein Mißbrauch der Amtsgewalt des Präsidenten Böttcher in keiner Weise vorliegt, ferner nach dem deutschen Antrag zunächst nur die Rechtslage zu entscheiden ist, ob die litauische Regierung durch die Absetzung des Präsidenten Böttcher einen flagranten Bruch der Memeler Konvention begangen hat.

*

Massenkundgebung in Tilsit gegen den litauischen Willkürakt.

T.U. **Tilsit**, 14. Febr. In Tilsit, der etwa 60 000 Einwohner zählenden östlichsten größeren Stadt Deutschlands fand am Sonntag eine gewaltige Kundgebung der Bevölkerung gegen den litauischen Willkürakt im Memelland statt. Im Verlauf der Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, die nach Genf gesandt werden soll, in der vor allen Dingen der Rücktritt des Gouverneurs Merkys und die Wiedereinsetzung des Direktoriums Böttcher gefordert wird, ferner die Wiederherstellung des bisherigen Rechtszustandes und die Wiederaufhebung des Kriegszustandes im Memelgebiet.

Die Lausanner Konferenz im Juni

Eine amtliche Erklärung

Berlin, 13. Febr. **Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien haben von dem Baseler Sachverständigenbericht Kenntnis genommen und sind dahin übereingekommen, den übrigen beteiligten Regierungen die Vertagung der Konferenz auf den Monat Juni zu empfehlen. Aufgabe der Konferenz wird es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, welche die gegenwärtige Weltkrise verursacht haben und sie verlängern könnten. In dieser Entscheidung sind die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die internationale Lage erleichtert wird.**

Von unterrichteter Seite hört das WTB. zu obiger Erklärung:

Die Reichsregierung hat mit dieser Vereinbarung ihr Ziel der Einberufung der Lausanner Konferenz erreicht. Die Reichsregierung hätte allerdings, entsprechend dem Baseler Sachverständigenbericht, den Zusammentritt der Konferenz früher und nicht erst im Laufe des Juni gewünscht. Sie hatte daher ihrerseits einen früheren Zusammentritt angeregt und die dahingehenden Bemühungen der englischen Regierung von Anfang an auf das wärmste begrüßt und unterstützt.

*

Times über die Notwendigkeit einer Reparationsübereinkunft

London, 13. Febr. Times begrüßt Frankreichs angebliche Zustimmung, eine Reparationskonferenz im Juni zu beschicken, hält es aber für einen Fehler, diesem Umstand eine allzu große Bedeutung beizumessen. Das ungeheure Gewirr unproduktiver Schulden wurde jetzt allgemein als der Faktor anerkannt, der an der Fortdauer der Weltdepression die Hauptschuld trägt, und die Entwirrung dieser Fäden ist daher das dringlichste Problem. Bevor die europäischen Länder nicht eine zufriedenstellende Uebereinkunft erreicht haben, wird es müßig sein, von der anderen Seite des Atlantik aktive Unterstützung zu erwarten. **Jedermann ist der Ansicht, das Deutschland auf längere Zeit zur Zahlung irgendwelcher Reparationen außerstande sein wird. Wenn Deutschlands Verpflichtungen nicht drastisch auf eine Summe herabgesetzt werden, die keinen Zweifel mehr zuläßt, daß es in der Lage sein wird, sie zu erfüllen, wird eine Wiederherstellung seines Wirtschaftslebens nicht möglich sein,** und wenn es nicht zu einem vernünftigen Grad des Wohlstandes zurückgebracht wird, besteht überhaupt keine Aussicht auf irgendwelche Zahlungen. Das Blatt erinnert ferner an den offiziellen englischen Standpunkt, daß von einer Streichung des gesamten Schuldenkomplexes Gläubiger und Schuldner in gleicher Weise profitieren würden.

Hindenburg stellt sich für etwaige Wiederwahl zur Verfügung

T.U. Berlin, 15. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Präsidenten des Reichskriegerbundes Kyffhäuser, General der Artillerie von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte. Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen eine öffentliche Antwort in der es u. a. heißt: Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel, Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

*

13. März als Termin vorgeschlagen

Berlin, 13. Febr. Der Reichsminister des Innern hat den Reichstagspräsidenten gebeten, einen **Beschluß des Reichstags** über den **Wahltag für die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen.** Als **Wahltag** hat er namens der Reichsregierung Sonntag, den **13. März**, für einen etwa erforderlich werdenden **zweiten Wahlgang**, Sonntag, den **10. April**, vorgeschlagen. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen dahin verständigt, daß er dem Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März, vorgeschlagen hat. In der Voraussetzung, daß der Reichstag diesem Vorschlag entsprechend beschließen wird, hat der Reichsinnenminister die Landesregierungen gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Stimmlisten und Nachprüfung der Stimmkarteien **sofort zu beginnen.**

*

Volkspartei für Hindenburg-Wahl

Berlin, 14. Febr. Im Reichstag beriet am Samstag die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Innerhalb der volksparteilichen Fraktion bestand, wie wir erfahren, **Einmütigkeit darüber, daß für die Volkspartei nur die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs in Frage kommt.** Die Aussprache endete mit der Annahme folgender Entschließung: Die Deutsche Volkspartei setzt sich mit aller Kraft für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein. Der Generalfeldmarschall v. **Hindenburg**, sein Name und seine Persönlichkeit sind die **stärkste Bürgschaft zur Sicherung des inneren Friedens** und der erfolgreichen Durchführung der nationalen Freiheitsziele des Vaterlandes. Angesichts der bedauerlichen Entwicklung, die die Kandidatur Hindenburgs in der öffentlichen Erörterung genommen hat, richtet die Deutsche Volkspartei an alle verantwortlichen politischen Persönlichkeiten die Aufforderung, unter Verzicht auf macht- und parteipolitische Ansprüche die Wahl Hindenburgs **zu einer Gemeinschaftssache des deutschen Volkes zu machen.**

Entscheidung der Reichspräsidentenfrage erst Montag oder Dienstag

Berlin, 13. Febr. In unterrichteten Kreisen gilt es nunmehr als sicher, daß die ganzen Verhandlungen sich noch bis Dienstag hinziehen können. Diese Verzögerung scheint nicht nur dadurch herbeigeführt zu sein, daß die Besprechungen innerhalb der Harzburger Front den ganzen Tag in Anspruch genommen haben, sondern auch durch gewisse Mißverständnisse, die bei den verschiedentlichen Rücksprachen mit den Stahlhelm führern entstanden sind. Es sind deshalb heute noch Rückfragen notwendig geworden. In Kreisen der Harzburger Front selbst wird betont, daß die internen Verhandlungen sich wohl noch bis Mitte der neuen Woche hinziehen können. — Währenddessen ist nun heute abend die Sammlungsaktion des Hindenburgausschusses zum Abschluß gekommen. Wenn im Augenblick auch noch nicht alle Ergebnisse vorliegen, so ist doch die Zahl der Unterschriften, die über zwei Millionen beträgt, als ein außerordentlich stattlicher Erfolg zu bewerten. Sobald das genaue Ergebnis feststeht, wird Dr. Sahm dem Reichspräsidenten offiziell davon Mitteilung machen, und dann wird der Reichspräsident seine Entscheidung treffen.

*

2 370 000 Einzeichnungen für Hindenburg

T.U. **Berlin**, 14. Febr. Die bisher dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Eintragungen beliefen sich am Sonntag abend auf 2 370 000. Es handelt sich hierbei jedoch noch nicht um ein abschließendes Zählungsergebnis.

Der Stahlhelm für Hindenburg, wenn Kurswechsel garantiert wird.

T.U. **Berlin**, 15. Febr. Die Pressestelle des Bundesamtes des Stahlhelm teilt mit, am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelm in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für Generalfeldmarschall von Hindenburg bereit steht, wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

*

Volkskonservative Vereinigung für Hindenburg

Berlin, 14. Febr. Die in Berlin versammelten Vertreter der Volkskonservativen Vereinigung haben an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Die geschichtliche Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg steht für uns außerhalb jeder parteipolitischen Erörterung. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, sich in diesem Jahre schwerster Entscheidungen erneut ohne Rücksicht auf Parteien und Gruppen dem deutschen Volk als unabhängiger Treuhänder zur Verfügung zu stellen.

Reichsbanner zum Erlaß Gröners

Dessau, 13. Febr. Im überfüllten Saal des Tivoli sprach der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Höltermann, der zu dem Erlaß Gröners Stellung nahm. Höltermann führte u. a. aus: Reichswehrminister Gröner hat in einem Erlaß seine Stellung zu den Wehrverbänden dargelegt und dabei auch das Reichsbanner erwähnt. Wir stellen mit großer Befriedigung fest, daß Herr Gröner jede militärische Betätigung der Verbände als zwecklose Soldatenspielerei ablehnt, und erfreulich ist es, daß jeder Art von polizeilicher Betätigung der privaten Verbände entschieden entgegengetreten werden soll. Wir hören die Botschaft, aber uns fehlt der Glaube. Der Minister möge den Worten auch die Taten folgen lassen. Hitler hat seine Privatpolizei über das ganze Reich ausdehnen können. Herr Gröner, lösen Sie die SA. und SS. auf, lösen Sie alle Wehrverbände auf, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen. Der Reichsinnenminister möge dafür sorgen, daß sich nicht wieder einige Gewalthaufen gegen die Verfassung wenden, dann werden wir vom Reichsbanner sofort die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir sind sofort bereit, uns dann den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Wir wollen Deutschland nicht einem Abenteurer überlassen, der nichts kann als ein furchtbares Unglück über Deutschland heraufbeschwören. Man spricht von angeblichen Plänen einer Hilfspolizei durch das Reichsbanner. Wer das glaubt, dem möchten wir ganz offen erklären, wir werden uns nicht an der Aufstellung von illegalen Verbänden beteiligen oder sie unterstützen. Unter den Waffenträgern des Staates haben Staatsfeinde nichts zu suchen. Anhänger einer solchen Bewegung in die Reichswehr aufzunehmen, daß hieße die Wehrmacht zu einem unfruchtbaren Werkzeug des Staates machen. Wer ist denn ein großer Teil der SA.-Leute? Es sind viele darunter, die vor kurzem den Sowjetstern trugen. Das bedeute, daß in die Reichswehr ein gut Teil junger Leute käme, der der bolschewistischen Propaganda Vorschub leistete. Die Staatsgewalt darf nicht in schwankenden Zeiten in die Hände von Leuten mit schwankender Gesinnung gelegt werden. Wir erkennen an, daß sich die Wehrmacht in den letzten Jahren gebessert hat. Es läßt sich aber manches in wenigen Stunden über den Haufen werfen. Die Reichswehr ist und muß bleiben die Schutztruppe der Republik. Unser Programm ist die Verfassung von Weimar und zu unseren Gegnern zählen wir jeden, der sich dagegen wendet. Die Wahl der Waffen bestimmen nicht wir, sondern unsere Gegner. Wir setzen Mord gegen Mord, aber auch Gewalt gegen Gewalt (Beifall). Ist es ein Wunder, daß Hitler übermütig wird, wenn der Reichskanzler offen mit ihm verhandelt? Warum wird geduldet, daß Hitler sich aufspielen kann, als sei er schon Reichsverweser von Deutschland, daß er seine Armee paradieren lassen kann vor italienischen Offizieren? Wenn der Reichswehrminister Fortschritte in der Abrüstung erzielen will, dann muß er mit uns sein gegen die Nationalsozialisten.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[31

„Dann also heute noch nicht, Herr Justizrat?"

Die Frage klang sehr enttäuscht. Der Justizrat lachte in den Apparat hinein. Dann sagte er:

„Testamente sind da, um Klauseln zu haben. Es ist noch eine da."

„Die wäre?"

„Falls Elme von Dörring die Gemahlin Dietrich von Rheinsberghs wird, dann soll sie es sofort erfahren, dann tut es sogar not. So lautet die Klausel, lieber Rheinsbergh. Und nun Schluß. Ich erwarte Sie also mit Ihrer kleinen Braut gegen vier Uhr bei mir hier. Da kann das Testament geöffnet werden, und ich kann der kleinen Dame gleich persönlich meine aufrichtigen Glückwünsche darbringen. Auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen!"

Dietrich von Rheinsbergh stand noch immer regungslos da. In ihm kreiste nur immer der eine Gedanke: Hatte Maria mit den sehenden Augen der Todgeweihten in die Zukunft blicken können? Denn wie wäre sonst diese Klausel möglich gewesen?

„Maria, dann ist es also auch dein Wille! Nun wird und muß ja das Glück mit uns beiden sein", sagte er ergriffen.

Noch ein Weilchen blieb er stehen, dann ging er wieder hinüber zu Elme.

* * *

Fürstin Aja Sabofsky hielt die Verlobungsanzeige in der Hand.

Enttäuscht ließ sie die Karte auf die goldene Schale zurückfallen.

Ihr erster Gedanke war: Warum bin ich nicht längst nach Scheveningen abgereist? Meine Freunde erwarten mich doch längst dort?

Der zweite war: Er sanktioniert also den Aufenthalt Elme von Dörrings in Schloß Werdenberg. Nun ist mir diese Waffe aus der Hand genommen. Und ich liebe Rheinsbergh, liebe ihn bis zum Wahnsinn! Irgend etwas muß geschehen, sonst ersticke ich an dem Groll, der mich gegen dieses blonde Mädel erfüllt.

Die Fürstin rang die Hände.

So viele Männer liegen mir zu Füßen, wären glücklich, wenn ich sie erhörte. Und nur er, er will nichts von mir wissen. Er zieht jenes junge Mädel vor. Was hat sie denn nur vor mir voraus? Was nur?

Langsam ging die Fürstin ins Ankleidezimmer. Die lange Schleppe ihres weißseidenen, pelzbesetzten Morgenkleides rauschte bei jedem Schritt und verbreitete eine Wolke von feinstem, französischem Parfüm.

Aufmerksam, kritisch betrachtete die Fürstin ihr Spiegelbild. Und sie prüfte jedes Fältchen, den Glanz der nachtdunklen Augen, das glänzende, blauschwarze Haar. Noch war sie schön, berückend schön! Daß das Blauschwarz des Haares künstlich war, würde nie ein Mensch erfahren. Der strahlende Glanz der Augen war die Wirkung des Giftes, das sie jeden Abend vor dem Einschlafen zu sich nahm. Kosmetische Mittelchen verbargen geschickt jedes Fältchen.

Niemand wußte um das alles. Nur sie selbst! Aber die Angst vor dem Altwerden blieb. Einmal würde der Augenblick ja doch kommen, wo es nichts mehr zu verbergen gab.

Noch war sie schön! Und mit achtunddreißig Jahren war man noch jung, solange man dieses Alter sorgsam verschwieg!

Die schöne Frau warf den Kopf zurück. Sie wollte nicht alt sein — dann lieber tot. Dann lieber in das kalte Nichts! Sie wollte das Leben genießen, wollte glücklich sein! Das hätte sie sein können! Prinz Hermann Friedrich Lichtenberg wartete nur darauf, sie zu seiner Gemahlin zu machen. Doch sie liebte ihn nicht, liebte ihn nicht mehr, seit sie Dietrich von Rheinsbergh gesehen!

Fürstin Aja stöhnte tief auf.

„Warum habe ich denn nur tatenlos zugesehen, bis er sich in das blonde Mädel verliebte? Mit List wäre er doch auch zu fangen gewesen wie jeder andere Mann? Und was soll ich jetzt tun, um diesen Irrsinn, diese Heirat unmöglich zu machen?"

Verzweifelt grübelte die Fürstin darüber nach. Es war ihr, als entferne sich mit jeder Sekunde der begehrte Mann weiter von ihr.

„Am Dienstag ist Verlobung. Es ist nichts mehr daran zu ändern. Morgen! Bis dahin kann ich nicht einmal mehr mit Rheinsbergh sprechen, geschweige, daß ich verhindern könnte, sich mit Elme von Dörring zu verloben. Aber was soll ich nur tun? Warum ist er nicht arm? Warum kann mein Geld ihm nicht helfen? Dann würde ich dieses Mädchen doch verdrängen können, denn sie ist doch arm!"

Wieder schritt die Fürstin im Zimmer hin und her. Ihr ganzes, leidenschaftliches Herz schrie nach dem Manne, der sie verschmäht hatte. Ihr Kopf schmerzte, die Glieder waren ihr matt, aber kein erlösender Gedanke kam.

Das Telephon rasselte. Die Fürstin langte nach dem Hörer.

„Hier Fürstin Sabofsky! Wer dort, bitte?"

„Hier Gräfin Deklar! Ich reise nächste Woche nach Zoppot. Wie wäre es denn, wenn Sie Scheveningen sein ließen? Meine Verwandten aus Dänemark kommen auch und würden sich sehr freuen, Ihre Bekanntschaft machen zu dürfen. Sie wissen doch, Durchlaucht, die Zelströms... Ja, die! Nun, und wie denken Sie darüber?"

Zoppot! Herr Gott, war sie denn ganz ohne Ueberlegung gewesen? Zoppot — dahin fuhr doch Frau von Löwenried mit ihren Töchtern, und die schöne Elme sollte ja auch mitfahren. Nun als Braut würde man sie ja erst recht nicht allein hierlassen. Sollte sie tatsächlich mit der Gräfin nach Zoppot reisen und dort eine Annäherung an Elme von Dörring versuchen? Oder sollte sie lieber hierbleiben und die Zeit ausnutzen, die Rheinsbergh allein war?

(Fortsetzung folgt.)